

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

6.7.1870 (No. 154)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 154.

erschienen täglich (Sonntag ausgenommen)
Preis 1 fl. 18 kr.; durch die Post
gegen 1 fl. 33 kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 6. Juli

Insertionsgebühr
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Für Baumstark und Lindau kein Kastatt!

△ Karlsruhe, 3. Juli. In dem bereits mitgetheilten Urtheile des obersten Gerichtshofes ist ausgesprochen, daß die vorgenannten H. H. Abgeordneten der kath. Volkspartei nichts Unrechtes begingen, als sie die nachstehenden, von über 4000 Staatsbürgern bei der Katholikenversammlung zu Hardheim am 24. Okt. v. J. angenommenen Resolutionen veröffentlichten:

1) Wir verwerfen das Bestreben der großh. Regierung, unser badisches Land entgegen dem Willen der Bevölkerung dem preuß. Nordbunde einzuwerleiden.

2) Die gegenwärtige Abgeordnetenkammer bringt den wahren Willen des badischen Volkes nicht zur Geltung. Dies kann nur geschehen durch eine nach dem Grundsätze des allgemeinen Stimmrechts mit direktem und geheimem Verfahren gewählte Vertretung.

3) Das nach preuß. Vorbild durchgeführte Militärsystem entzieht dem Volke die besten Arbeitskräfte und untergräbt den Wohlstand des Landes.

4) Die beabsichtigte Einführung der Zwangsweihe verletzt die religiöse Ueberzeugung und das Gewissen des christl. Volkes; sie widerspricht nicht minder der Freiheit, als dem Geiste unserer Verfassung.

5) Die Gesetzesvorlage über das Stiftungsvermögen ist eine Steigerung der bereits begonnenen unerhörten Eingriffe in den völkerrrechtlich gesicherten Bestand der kath. Kirche, und der schlagendste Beweis dafür, daß der gegenwärtigen Regierung keine wohlwollenden Rechte heilig sind, daß ihr die angemessenen Befugnisse einer rücksichtslosen Staatsallgewalt über alles gehen, und daß solchen Grundsätzen gegenüber keine rechtsschützende Bestimmung unserer Verfassung, überhaupt kein Eigenthum mehr sicher ist. Wir erwarten deshalb von unsern Vertretern den äußersten Widerstand gegen diese unverantwortliche Verletzung der unantastbaren Rechte, sowohl der einzelnen Staatsbürger, als der Kirche.

6) Schließlich stimmen wir den Abgeordneten der kath. Volkspartei vollständig bei, wenn dieselben erklären, daß das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des badischen Volkes nicht besitzt. Wir fordern dieselben auf, diesem Ministerium keinen Kreuzer und keinen Soldaten zu bewilligen.

Unsere Freude über diesen Ausgang der strafgerichtlichen Verfolgung beider hochverdienten Volksmänner ist getheilt von der großen Menge Gleichgesinnter im Lande: wir sind froh, die Freunde der Belästigung enthoben zu sehen, welche mit der Schwurgerichtsverhandlung und bei der heutigen Beschaffenheit der Geschwornenliste wahrscheinlichen Verurtheilung zu mehrmonatlicher Festungshaft für sie wäre verbunden gewesen; abgesehen von dem Hohne und Triumph rücksichtsloser Feinde — auf anderer Seite sind wir aber auch wiederum nicht froh, weil es gegen das herrschende System von einschneidender Wirkung hätte werden können, wenn die Vertheidigung der Resolutionen vor den Geschworenen durch den Beweis der Wahrheit eingetreten wäre. Der „Pfälzer Bot“ bemerkt bei der Mittheilung der erfolgten Freisprechung: „Hr. Jolly wird sich trösten müssen, daß er wieder einmal einen Schlag in's Wasser gethan“ — wir sind der Meinung, daß der Hr. Minister des Innern sich nicht sonderlich befalls grämen wird, da er frühere Niederlagen bereits gleichmüthig auf die leichte Schulter genommen; und selbst aus der sehr persönlichen Provokation des Hrn. Dr. Leopold Fischer sich nichts zu machen scheint.

Verchiedenes.

Karlsruhe, 1. Juli. Auf wie große Entfernungen einzelne Möbel und ganze Möbelleistungen von hier aus auf Bestellung versendet werden, haben wir erst kürzlich wieder zu unserer besonderen Freude wahrgenommen. Der Besitzer einer hiesigen Möbelfabrik, welcher sich weithin eines ehrenvollen Rufes erfreut, Herr C. Haslinger, wurde in diesem Jahre zwei Mal nach Hamburg berufen, wo er sich eine Reihe von Kunden erworben hat, um dort bei der Gesamteinrichtung mit seinem bekanntesten feinen Geschmack die dekorativen Arbeiten der Hamburger Meister zu leiten. Wir bedauern, daß Hr. Haslinger die sehr reichen geschmückten und eingelegten Möbel, welche nach Hamburg abgingen, hier nicht öffentlich ausstellte; man sagt uns zwar, die nöthige Eile der Ablieferung sei die Ursache, aber Hr. Haslinger hat die reiche Landgüter-Einrichtung für Königstein bei Frankfurt auch nicht zur Ansicht ausgestellt. Das Geschäft blüht immer mehr und wird jetzt mit Dampfkraft versehen. Wir sehen, daß Karlsruhe in industrieller Beziehung immer weiter fortgeschritten und einen ehrenvollen Namen sich erwerben kann. (L. B.)

Heidelberg, 30. Juni. (Heidelb. Z.) Seit neuerer Zeit kommen auf den Eisenbahnen, namentlich auf der Strecke zwischen Frankfurt und hier, und hauptsächlich bei Schnellzügen, sowie an den Bahnhöfen wieder häufig Taschendiebereien vor. Es scheint, daß wie im vorigen Jahre, gerade um dieselbe Zeit, wieder eine ganze Bande solcher Inbuhnter unserer Gegend unthätig macht. Unsere Polizei hat daher auch ihre Vorkehrungen

Die mit so vielem Zartfönn theilnahmenvollst von den ministeriellen Blättern aufgeworfene Frage, ob Hr. Kreisgerichtsrath Baumstark, wenn er verurtheilt würde, noch ferner im Staatsdienste belassen werden könne, ist nunmehr, zur Befriedigung der wohlwollend besorgten Seelen, hinfällig geworden. Mit dieser glücklicher Weise in das Wasser gefallenen Sache erhielten unsere ciszojanisch-brillanten Zustände eine besonders schöne Zierde. In dem konstitutionellen Musterstaate werden bei versammeltem Landtage Mitglieder der zweiten Kammer, Volksabgeordnete, auf Geheiß des Ministeriums in eine strafgerichtliche Untersuchung gezogen, ohne daß der Minister das „Haus“ um dessen Ermächtigung angeht, oder auch nur demselben Anzeige davon macht! Das ist musterstaatlich-konstitutionell. Und wie verdient erst das Verhalten der ministeriellen Kammermehrheit diesem Falle gegenüber Bewunderung! Diese „Liberalen“ haben sich da eigenthümlich konstitutionell benommen; thaten, als ginge die Kammer diese Sache gar nichts an, nicht „geschminkt“ hat diese Kammermehrheit, als man drei Kammermitglieder, ohne das Haus um seine Gutheißung zu befragen, freiweg in Untersuchung nahm wegen eines angeblich begangenen politischen Verbrechens. Die Würde der Volksvertretung würde erfordert haben, auch wenn kein Paragraph der Geschäftsordnung eine Vorschrift dafür enthält, daß der Minister wenigstens dem Hause Mittheilung gemacht hätte; und die ministerielle Kammermehrheit ihrerseits war es dieser Würde schuldig, sich nicht so total indifferenter zu verhalten, wie es geschehen ist. Dadurch ladet dieselbe den Verdacht auf sich, daß sie im Stillen mit der Verfolgung einverstanden war. In den Hardheimer Resolutionen liegt allerdings zugleich die Verurtheilung der Haltung der Kammermajorität, ohne welche nicht hätte geschehen können, was von den Resolutionen getadelt wird. Allein die Ziemlichkeit, das Ansehen der Volksvertretung mindestens äußerlich zu wahren, hätte nicht unterlassen werden sollen. Ganz etwas Anderes ist es, wenn ein „vaterlandsloser“ ultramontaner Redakteur mit dem Drucker seines Blattes vom Staatsanwalt wegen Verstrickung in § 631a gefaßt wird, — da kann man einer Kammermehrheit, wie diese war, keine Notiznahme oder Urganung zumuthen; aber gleichgiltig zuzusehen, stumm zu bleiben, wenn solches Mitgliedern aus der versammelten Kammer, die man ohne Weiteres herausgreift, widersährt, das sehen wir als auf die höchste Spitze getriebenen volkswidrigen Kammer-Ministerialismus an.

Schließlich wäre noch ein Blick auf das Verhalten zu werfen, welches der Herr Staatsminister des Innern bei diesem Handel gezeigt hat. Wir waren der Erwartung gewesen, es würde Hr. Jolly, wie in so manchem anderen Falle, sich auf das hohe Pferd setzen, und in der Kammer, wo er die Verfasser der Hardheimer Resolutionen vor sich hatte, diese darüber zur Rede stellen; mit anderen Worten: sein System und seine Verfahrungsweise gegen solchen scharfen Angriff

öffentlich in der Kammer selbst vertheidigen. Es würde das, wie wir glauben, der ganzen Situation und der höchst wichtigen Sache angemessener gewesen sein, als statt einer unmittelbaren Widerlegung durch Gründe den Staatsanwalt mit Art. 631 a vorzuschieben. Es ist überhaupt bei den seit Jahren im Lande bestehenden Differenzen vielfach beklagt worden, daß man niemals die Angriffe in der Presse auf dem gleichen Wege mittelst sachlichen Gründen abzuwehren und zu widerlegen suchte, sondern sich hinter den Formalismus von veralteten, die freie Meinungsäußerung auf das Eis führender Bestimmungen des Strafgesetzbuches steckte.

— Karlsruhe, 3. Juli. Vor 4 Jahren, in den ersten Nachmittagsstunden des 3. Juli, neigte sich bei der großen Schlacht des deutschen Bruderkrieges der Sieg auf Preußens Seite. Sprechet nicht von Bruderkrieg und Bruderkrieg, sagte die kalte Selbstsucht — es mußte geschehen — das Ungeheuerliche, — der niemals mehr für möglich gehaltene innere Krieg unter Deutschen. Hochbefriedigt pries das Gothathum, das keine Jahre hatte wegen all' des Gloriums und der Kriegsgräuel, diese That als neuaufgegangenes großes Heil. Die Nationalliberalen beschönigten das Umsturzwerk durch die angebliche Nothwendigkeit, den Dualismus zu brechen; auf daß Deutschland unter der Hegemonie des Staates vom deutschen Verufe einheitlich und mächtiger werden könne. Wir unterlassen es, der Erinnerung den unauslöschlichen Schmerz beizugesellen, den jeder wahre Patriot im Herzen trägt; auch soll unserer Feder kein Gemälde der Schauerlichkeiten entfließen, die in jenen Tagen auf deutscher Erde sich zugetragen; wir fragen Angesichts des Gewordenen nur: Wo ist der Gewinn für Deutschland? Was erblickt man? In Mitteleuropa entstand ein Reich aus Ländern des vormaligen deutschen Bundes, das sich „Norddeutscher Bund“ nennt. Dieses Reich führt nicht die deutschen Farben, welche einst vom Bundespalaste der deutschen Nation wehte; es führt nicht die diplomatische Vertretung Deutschlands — ein deutsches Reich, bei dem die Mächte Gesandtschaften zu beglaubigen hätten, existirt nicht; lediglich in der Phantastie einer Partei kennt man einen erst noch zu verwendenden „deutschen Staat“, der aber wieder nicht Deutschland wäre, falls er je zu Stande käme. Es besteht ein deutscher Zollverein, auch nicht Deutschland, auf Zeit mit Klindbarkeit geschlossen, kein völkerrrechtlich anerkanntes politisches Staatsganzes. Denselben dazu zu machen, scheiterte an den mißlungenen Versuche des Volkparlaments. Endlich macht auch die militärische Ansetzung der Südstaaten an den Nordbund durch die Allianzverträge keinen deutschen Staat aus, und stellt diese Verbindung, deren Werth für den Erprobungsfall ein sehr problematischer ist, nicht Deutschland her. Die Mainlinie, hinter welche die Politik des deutschen Berufes festgebannt ist, ein-

nahregeln verdoppelt, und ist es derselben gelungen, dieser Tage eine ganz fein gekleidete Engländerin, die sich als Geschäftstheilhaberin der Langfingerzunft besonders verdächtig gemacht hat, einzubringen. Dieselbe soll sich schon seit einigen Tagen auf unsern Bahnhöfen herumtreiben. Ein Polizist hatte ihr deshalb auch seine ganze Aufmerksamkeit geschenkt und beobachtete eines Tages, wie sie sich in einen — nicht für Damen eingerichteten — Abtritt des badischen Bahnhofes eiligst zurückzog. Nachdem sie sich daraus entfernt hatte, wurde der Abtritt untersucht und fand sich daselbst ein leeres Portemonnaie vor. Gleich darauf meldeten sich zwei weitere englische Damen, welchen das Portemonnaie mit ziemlich bedeutendem Inhalt abhanden gekommen war. Die Betreffende sitzt in Haft und harret ihres Schicksals.

Vom Rhein, 26. Juni, wird dem „Fr. Z.“ geschrieben: Türkische Konsuln in Deutschland haben Auftrag erhalten, deutsche Zimmerleute zu engagiren. Tüchtige Arbeiter dieser Art erhalten freie Ueberfahrt von Marseille nach Konstantinopel und Reisegeld bis zum Einschiffungsplatz. Eine ganze Karavane deutscher, namentlich Schleswig-Holsteiner, Hamburger, Hannoverischer Zimmerleute befinden sich bereits auf dem Wege nach Konstantinopel, wo sie von den Bauunternehmern zur Wiederherstellung der durch den großen Brand zerstörten Straßen von Pera sehnsüchtig erwartet werden. Mancher wird dort sein Glück machen.

— Die 6. Hauptversammlung der Buchdruckergehülfen des mittelhessischen Verbandes fand am Sonntag zu Worms statt. Aus den von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr dauernden

Verhandlungen ist der auch für alle übrigen Arbeiterkreise wichtige Beschluß von Bedeutung, die Errichtung von Produktiv-Genossenschaften und die Beschaffung der Geldmittel dazu den Mitgliedern als Verpflichtung aufzuerlegen, unter ausdrücklicher Ablehnung alles fremden Kapitals, sei es durch Aktien oder auf anderem Wege. Die Wahl der Zusammenkünfte für das nächste Jahr traf Heidelberg. Wie wir hören, findet Anfangs Juli ebenfalls in Heidelberg eine Prinzipal-Versammlung statt, welche sich hauptsächlich mit Vorschlägen zu einer friedlichen und dauernden Verständigung mit den Gehülfen befassen will, welchem Bestreben gewiß der beste Erfolg zu wünschen ist. Audiatur et altera pars.

Reutlingen, 28. Juni. Der 18jährige Sohn des hiesigen Maurermeisters E. machte sich letzten Freitag Nachts einigen Freunden gegenüber anheißig, innerhalb einer Stunde 6 Schoppen Wein zu trinken. Die angebotene Wette wurde angenommen und E. trank innerhalb ¼ Stunde, nachdem er zuvor ungetoichte Eier und Salatöl als vermeintliches Präservativmittel zu sich genommen hatte, 4 Schoppen Wein, worauf er anscheinend betrunken vom Stuhle fiel. Seine Freunde trugen ihn sofort nach Hause und legten ihn zu Bette; er sollte nie wieder aus seinem tiefen Schlafe erwachen, denn als ihn sein Vater den andern Mittag wecken wollte, war er eine Leiche.

— Aus Genf vom 29. v. M. wird gemeldet: Der Strike dauert fort; 150 Patrone haben sich vereinigt und beschloßen, auf keine der Propositionen der Arbeiter-Delegirten einzugehen. Alle Bürger sind für heute Abend zu einer Volksversammlung berufen.

nerst uns beständig nicht nur, daß die Theilung Deutschlands eine Thatsache ist, sondern auch, leider! daß ein halbes Jahrhundert nach den Freiheitskriegen die Fremden wieder ein gebietendes Wort in deutsche Angelegenheiten sprechen. Diese bittere Wahrheit zu verwischen wird die Sophistik aller Gothaer zusammen nicht vermögen. Deutschland ist nicht mehr. Man hofft, es werde sich ein großes, mächtiges, einheitliches Deutschland, dessen Ausgang von Sadoma datirt, in der Zukunft bilden; man erwartet das von etwa eintretenden günstigen Konstellationen, von entgegenkommenden Zufälligkeiten, vom Ungefahr — ähnlich dem Bankerotten, der von künftigen Reichthum träumt, um in süßer Täuschung seine Unglückstage zu vergessen — und um diesen Preis wurde das viele Blut vergossen, wurde Deutschland zertrümmert! — Solcher Nebelpolitik entstieg auch eine „Badische Frage“, mit dem verzehrenden Streben „hineinzukommen“, an welches sich für uns viele Gehässigkeiten und Verfolgungen knüpfen. Unter der hochgehaltenen Fahne, mit der man stehen und fallen zu wollen erklärte, sind nur politische Gegner, die von sich sagen können, die Dinge nüchterner und einsichtsvoller aufgefaßt und die Nebelpolitik mit ihren Opfern für das Ziel loyal bekämpft zu haben, molestirt, angefeindet und gezwickt worden; für das „Hineinkommen“ ist aber nicht einmal eine entfernte Wahrscheinlichkeit errungen durch alle die verzehrenden Bemühungen, Quälereien und Gehässigkeiten seit 4 Jahren; man hat sich bescheiden rückwärts konzentriren müssen; ist in Belagerungszustand gesetzt durch die Macht der Verhältnisse. Wir sehen dieß als den ersten Grad der Strafe an. Die „Badische Frage“ ist seit dem denkwürdigen 24. Februar einstweilen zurückgestellt, nicht aber auch abgethan. Es wird die Stunde kommen, in welcher Rechenschaft abzulegen ist und die Probe zu bestehen. Ob die zur Zeit im Futteral steckende Fahne nochmals ausgepackt werden wird, sind wir durch unsere täglich geübte Geduld in der Lage, mit aller Gemüthsruhe abwarten zu können.

Aus Baden, 2. Juli. Der Stuttgarter Korrespondent der „Kreuzztg.“, dessen Angaben über den Stand der Gotthardbahn-Unterhandlungen zwischen Württemberg und Baden wir kürzlich abgedruckt haben, kommt heute, wie folgt, auf dieselbe Sache zurück: Die Differenzen zwischen unserer (der württembergischen) Regierung und der badischen bestehen vorzugsweise auch darin, daß unsere Regierung verlangt, die Beförderung der Güter solle nach dem Prinzip der kürzesten Linie vor sich gehen, während Baden das System der Virtualitäten festhält. Nach ersterem würden viele Güter den kürzeren Weg, aber über Berge und Thäler mit erhöhten Betriebskosten zu machen haben; nach dem von Baden festgehaltenen System laufen die Güter in der Rheinebene fast ohne Steigung, kommen später an, aber die Beförderung ist wohlfeiler. Seit vorigen Herbst haben keine Unterhandlungen mit Baden irgend welcher Art stattgefunden und vor kommendem Oktober dürfte das auch schwerlich der Fall sein.

F. Konstanz, 5. Juli. Die liberalen Seehäfen toben laut über den guten Ausfall der Wahlen bei unseren Nachbarn im Vorarlberg. „Wahlumtriebe der Klerikalen fürchterlich“ lauten ihre Telegramme. Auch Belgien und Bayern ist den höhnen Siegen vom 22. Juni ein arger Dorn im Auge. Doch weiß das oberseelische Prekorgan stets den Schmerz zu lindern, indem es zwei Seiten lange Hohnarartikel als liberales Zugpflaster auf das ultramontan getupfte unparteiische Gewissen legt. Die Dosis dieses Gegengiftes muß um so schärfer gewürzt sein, da auch die „Kaplanwirtschaft“ der neuen badischen Gemeindefolgen ihren epidemischen Einfluß geltend macht. — Dieser letztere Umstand jedoch soll den Gegnern des Ultramontanismus reichlichere Mittel in die Hand geben, denselben fruchtbringend bekämpfen zu können. — Wir pflichten dieser frohen Aussicht unserer Gegner bei, falls sie sich den „300 Kostgängern des Papstes“ beigesellen und ihre Stärke am Sturze des Concils erproben oder eine Nation der Schinken und des Schweinefleisches von Hohenthengen kräftig zu Gemüthe führen.

* Aus der preuß. Provinz Sachsen theilt man der „N. B.-Z.“ folgenden Fall mit. Seit einiger Zeit haben in Eisleben Benediktinerinnen ein Filialkloster errichtet. Dieselben wollten sich für ihre gottesdienstlichen Zwecke eine entsprechende Kirche bauen, und kamen um die Ertheilung der baupolizeilichen Genehmigung ein. Auf das angebrachte Gesuch eröffnete der Bürgermeister Eislebens als Chef der Polizeiverwaltung den Petentinnen: daß „die nachgesuchte Erlaubniß gemäß Anweisung eines extrahirten Ministerialreskripts verweigert werden“ müsse. Dafür läßt sich am Ende noch wohl irgend ein Paragraph des Landesrechtes oder der Baupolizeiordnung oder, wer weiß, welche uralte landesherrliche Ordre als Begründung anführen, die Polizeiverwaltung von Eisleben verlangt aber des Weiteren (ob gleichfalls auf Anweisung der beiden Ressortminister, oder aus eigener Eingebung, ist ungewiß), die gedachten Nonnen dürften „sich gar nicht Benediktinerinnen und die Einzelnen nicht mit ihrem Ordensnamen nennen, falls sie nicht dem betreffenden

Paragraphen des Strafgesetzbuches verfallen wollten, worin die widerrechtliche Führung eines fremden Namens mit Strafe“ bedroht sei; sie seien „in keiner Weise weder vom Staate, noch von der Polizei anerkannt“ und fielen hinsichtlich ihrer Fortexistenz, in Eisleben „lediglich unter das Vereinsgesetz“. Nach diesem aber müßten sie „jede Zusammenkunft 24 Stunden vorher bei der Polizei anmelden“, wenn sie aber regelmäßig wiederkehrende Zusammenkünfte hielten, so sei die „Einreichung der Vereinsstatuten erforderlich“. Zu sämtlichen Versammlungen habe „die Polizei das Recht, einen oder zwei Kommissäre zu senden, denen ein distinguirter Platz anzuweisen“ sei, von wo aus sie Alles sehen und hören könnten, was in der Versammlung vorgeht“. Diese Anordnung erstreckte sich „auch auf die gottesdienstlichen Zusammenkünfte“. Die armen Schwestern sind selbstverständlich in einer unbeschreiblichen Angst vor den „distinguirten“ zu placirenden Polizeimännern, die den Betrachtungen, dem Abbeten des lateinischen Officiums u. c. beiwohnen sollen, — für diese selbst freilich eine angenehme Abwechslung in der üblichen Monotonie eines Polizeimannslebens.

Dem „N. Journ.“ wird „vom Rhein“ geschrieben: Wie ich aus gut unterrichteter Quelle vernehme, existirt ein, wenn ich nicht irre, vom 22. März a. o. datirtes geheimes Ministerialreskript zur Unterdrückung der in den westlichen Provinzen an den höheren Unterrichtsanstalten bestehenden akademischen Marianischen Kongregationen. Dasselbe ist für unsere Provinz an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz gerichtet, der wiederum die Bezirksregierungen, beziehentlich die Provinzialbehörden vertraulich angewiesen hat, mit der größtmöglichen Behutsamkeit und Klugheit, ohne Aufsehen zu erregen, um einer etwaigen Aufregung unter den Katholiken vorzubeugen, den Schlag gegen die Kongregationen zu führen. Demgemäß hat auch dieser Tage ein Direktor an einer höheren Unterrichtsanstalt in Köln gehandelt u. c.

Breslau, 29. Juni. (Fr. 3.) Der Jubel über die konfessionslose Schule, der sich aus der „Bresl. Ztg.“ über Deutschland verbreitete, war verfrüht. Der hinkende Bote kommt nach in Gestalt des jetzt von der „Schles. Ztg.“ seinem Wortlaute nach mitgetheilten Schreibens des hiesigen Provinzial-Schulcollegs an den Magistrat, welches zeigt, daß Herr v. Mähler doch consequenter geblieben ist, als man Anfangs glauben durfte. Die amtliche Eröffnung lautet: „Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat uns ermächtigt, die Eröffnung der beiden in Aussicht genommenen höheren Lehranstalten mit dem Bemerkten zu gestatten, daß bei der Bestätigung der von dem Magistrat zu wählenden Lehrer nur von der seiner Erklärung entsprechenden Voraussetzung ausgegangen werden könne, daß die Anstalten christliche sein sollen.“

Cannstatt, 30. Juni. Die Musikproduktion der Kapelle des großh. bad. 4. Inf.-Reg. „Prinz Wilhelm“ führte heute eine Menge nobler Besucher aus Stuttgart, Cannstatt und Umgegend hier im Garten des Wilhelmabades zusammen und gewährte namentlich unsern Badgästen viel Vergnügen.

München. In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Abgeordnetenkammer die als präjudizell vor Artikel 1 diskutirten Artikel 2 und 3 des von dem Ausschuß festgestellten Entwurfs der Advokatenordnung an und verwarf hierdurch die von der Staatsregierung proponirte Schaffung zweier Advokatenklassen. Föderer, Karl Schmidt, v. Hafensbrädl, Greil und Böll sprachen für, Gürster, Kuland und Louis gegen die Freiegebung der Advokatur. Bei der Abstimmung entschied sich die Kammer mit überwiegender Mehrheit für völlige Freiegebung der Advokatur, entsprechend den Ausschlußvorschlägen. Advokat soll Jeder werden können, welcher die Prüfung zum Richteramt bestanden und drei Jahre bei einem Advokaten praktizirt hat.

Ein Priv.-Telegramm der „Frk. Ztg.“ meldet, der Abg. Pfarrer Mahr sei aus dem Club der patriotischen Partei geschieden.

Zu Straßburg werden demnächst Bevollmächtigte der bayerischen und der französischen Regierung zum Abschluß eines Staatsvertrags über den Anschluß der nach Saargemünd fortzusetzenden Landau-Zweibrückener Eisenbahn zusammentreten.

Die diesjährige Generalversammlung der kath. Vereine Deutschlands wird in der ersten Hälfte des September in Regensburg abgehalten.

Würzburg, 1. Juli. Der „N. B.-Z.“ wird von hier geschrieben, es sei unrichtig, daß eine an hiesiger Universität erledigte Professur in allerjüngster Zeit von dem Kultusministerium durch eine aus Preußen berufene Persönlichkeit besetzt worden sei; dem gegenüber sei konstatiert, daß bis zur Stunde eine Entscheidung und Entschliebung in fraglicher Besetzung noch nicht erfolgt ist, da die angebliche Mittheilung lediglich auf einer ganz irrthümlichen Kombination beruht, da die allerdings auch mit mehreren Andern in Frage gezogene Persönlichkeit nicht aus Preußen, sondern ein Gelehrter aus Tübingen ist. Die aus der ersten irrthümlichen Angabe gezogenen Folgerungen dürften hienach zu modifiziren sein.

Wien, 2. Juli. In den Plan des neu zu erbauenden Wiener Rathhauses ist auch eine katholische Kapelle aufgenommen. Die „Linke“ des Gemeinderathes, welche, wie bekannt, im Fahrwasser des Freimaurerliberalismus schwimmt, stellte den Antrag, diese Kapelle wegzulassen. Es wurde der Antrag aber mit der Mehrheit einer Stimme, 37 gegen 36, verworfen. Derselbige Gemeinderath lehnte es ab, einen Beitrag zum Beethovenfest zu genehmigen. Gegen die liberale Propaganda unter den Großgrundbesitzern erließen mehrere konservative Großgrundbesitzer im „Vaterland“ folgenden Aufruf an die Genossen in Oberösterreich: „Es hat sich für den Wahlkörper der Großgrundbesitzer ein liberales Wahlcomité gebildet, das von den Fürsten Starhemberg und Carlos Auersperg patronisirt wird. Diese beiden Herren sind zwar Träger illustrier Namen, aber nichts desto weniger Liberale vom reinsten Wasser, welche uns zumuthen, einen Juden (Wertheim), zwei Doctoren der extremsten Linken (Schaup und Dehne), einen Beamten (Rudolf Handel) und einen religiösen Apostaten (Pezler) als unsere Vertreter in den Landtag zu wählen! Lassen wir uns nicht täuschen von dem trügerischen Glanze der beiden Fürstennamen und halten wir fest an dem konservativen Wahlcomité unter der Führung unseres Julius Falkenhain!“ Unter den Kandidaten des „katholischen Volksvereins“, welche in Oberösterreich gewählt sind, befindet sich der Landmann Huemer, der einzige Wiedergewählte von den früheren Abgeordneten, welcher sich durch derbe Entschiedenheit und Freimüthigkeit auszeichnet. Sein Ruf an den „liberalen“ Baron Weichs: „Das ist eine Duberei“ und die klassische Antwort desselben auf den Ordnungsruf des Landeshauptmannes: „Parlamentarisch mag es wohl nicht sein, aber wahr ist's“, haben den schlichten Mann berühmt gemacht. Legationsrath Weiß von Starkenfels wurde in Oberösterreich doppelt gewählt. Es kommen 18 neue Männer in den Landtag aus den bäuerlichen Wahlen allein, darunter 4 Priester, 2 Dechanten und 2 Pfarrer. — Die Zusammenstellung des den Delegationen vorzulegenden „Rothbuchs“ ist bereits beendet; nur die Ausarbeitung der „allgemeinen Einleitung“ steht noch aus. Die diplomatischen Aktenstücke scheiden sich diesmal in vier Rubriken. Den Anfang machen die Depeschen, welche sich auf die inneren Angelegenheiten beziehen, dann folgen die nach Rom gerichteten und von dort eingelangten Mittheilungen und Korrespondenzen, hierauf der Schriftwechsel in der Marathons-Angelegenheit, und den Schluß bilden die Belegstücke für die verschiedenen Verhandlungen mit Rumänien (meist in Sachen der Judenhezen), mit Aegypten (in Sachen der Kapitulationen) und mit den österreichischen Staatsgläubigern in England. — Im Ministerium des Innern sind die bisherigen geheimen Konduktlisten für alle denselben untergebenen Beamten abgeschafft, und man darf annehmen, daß die übrigen Ministerien in derselben Richtung verfügen. Für die Armee bestehen diese Konduktlisten schon seit längerer Zeit nicht mehr. Der „N. Z.“ schreibt man von hier über den Hochverrathprozess gegen die Arbeiterführer: „Die Anklage — nicht weniger als drei Bogen stark — stützt sich theils auf die in verschiedenen Volksversammlungen gehaltenen Reden, theils auf den vollständig konstatirten Zusammenhang der Wiener Arbeiterbewegung mit der auswärtigen Aktion, speciell der internationalen Association in der Schweiz, theils endlich, und das dürfte die fesselndste Partie der Verhandlungen werden, auf die Aussagen einer Reihe von Zeugen, unter welchen in erster Linie der Führer der Brünnener Arbeiter (Mühlwasser) genannt wird. Was das Gerücht über den Inhalt gerade dieser letzten Zeugenaussage wissen will, entbehrt vorläufig noch der Beglaubigung, ist indeß so eigenthümlicher Art, daß es mindestens einfach verzeichnet zu werden verdient. Es soll dem Zeugen ein bis in das kleinste Detail ausgearbeiteter Revolutionsplan mitgetheilt worden sein, welcher unter der militärischen Leitung „eines pensionirten Oberleutnants“ vor allen Dingen die Erstürmung der Burg, um sich der Person des Kaisers zu bemächtigen, in's Auge gefaßt habe; es soll aber auch seine Aussage eine „hochgestellte Person, die gegenwärtig mit einem Theil der Geschäfte der Regierung beauftragt ist, kompromittiren.“ Das alles klingt nun freilich so abenteuerlich, daß es gerathen sein wird, die Verhandlung selbst abzuwarten; wenn man sich aber an manche Umstände erinnert, die zur Zeit, als die Arbeiterbewegung am höchsten ging, kaum beachtet wurden, so wird man immerhin die Möglichkeit zugeben müssen, daß überraschende Aufschlüsse über den unmittelbaren Zusammenhang der socialen Frage mit gewissen politischen Parteibestrebungen bevorstehen könnten.

Wien, 4. Juli. Die liberale Partei hat bei der Wahl des niederösterreichischen Großgrundbesitzes eine große Niederlage erlitten, eine um so wichtigere, als es ihr nicht gelang, auch nur einen einzigen Kandidaten durchzusetzen — sogar Frhr. v. Tinti unterlag noch bei der Nachwahl gegen den Grafen Sprinzenstein. — Die hierüber untröstliche „N. Fr. Pr.“ be-

merkt, noch nie seit dem Bestand der konstitutionellen Verhältnisse sei die Wahlbetheiligung des Großgrundbesitzes eine so zahlreiche gewesen, wie diesmal. Alles verrieth bei den „Ultramontanen“ eine festgegliederte, wohlorganisirte Parteitaktik; während die Liberalen wie ungeschulte Rekruten gleichsam blind ins Feuer gingen. Bei der liberalen Fraktion war allenthalben Zerrissenheit, Desorganisation und bedauernde Uneinigkeit, während die Ultramontanen festgegliedert heranzrückten und wie Ein Mann stimmten.

In Tyrol wird die konservative Partei laut den bis jetzt bekannten Wahlmännerwahlen eine stärkere Majorität für den Landtag erzielen, als bei dem aufgelösten Landtag sie hatte.

Ausland.

Paris, 2. Juli. Die vorgestrige Sitzung des gesetzgeb. Körpers wird noch lange das Tagesgespräch der politischen Kreise bilden. — Wohl seit lange wurde nicht soviel über die auswärtige Politik Frankreichs über dessen Stellung zu andern Mächten, namentlich Preußen, gesprochen, als in dieser Sitzung, wo sogar der greise Thiers, der Monate lang geschwiegen hatte, sich erhob, um eine höchst patriotische Rede gegen die Armeeerduktion zu plaidiren. — Außer in einigen Mitgliedern der Linken, namentlich Jules Favre und Garnier Pages hatte Preußen keinen Vertheidiger, keinen Freund gefunden, und wer die Verhandlung aufmerksam liest, muß erkennen, daß wenn heute, was Gott verhüten möge, ein Krieg nothwendig werden sollte, bis auf 10 oder 12 Mitglieder der Kammer alle übrigen sofort der Regierung die Ermächtigung geben würden, die französische Armee gegen Preußen marschiren zu lassen.

Bevor wir einzelne Stellen aus den Reden der H. La Tour, Thiers, Garnier Pages anführen, wollen wir hier einen Artikel des „Pays“ folgen lassen, der vortreflich die Gefühle darlegt, von welchen die Majorität der Kammer in Bezug auf die preussischen Pläne animirt ist.

Granier de Cassagnac schreibt: die patriotischen Gefühle, welche Herr Thiers wachrief, haben einen tiefen Eindruck auf die Kammer gemacht. Seine beiden Reden lassen sich ungefähr dahin zusammenfassen:

„Europa hat Frieden, aber es kann von einem Moment zum andern beunruhigt werden durch den Ausbruch eines Ehrgeizes, der jetzt zurückgehalten wird. Zwei Dinge sind nothwendig, um den Frieden zu erhalten, man darf selbst keine herausfordernde Stellung nehmen, aber man muß für alle Eventualitäten bereit sein und alle Welt muß wissen, daß Frankreich bereit ist.“

Vollkommen richtig. Preußen bis an die Zähne gewaffnet, erwartet nur eine günstige Gelegenheit, um seinen zurückgehaltenen Ehrgeiz zu befriedigen. Durch die Gewalt will es die deutsche Einheit vollenden, wie es dieselbe durch Gewalt begonnen. Man muß also immer bereit sein, diese Gefahr verhüten zu können, daher keine Armeeverminderung. Nur Utopisten und Advokaten können glauben, daß man 300,000 Preußen mit liberalen Principien aufhält. Herr Thiers hatte also vollkommen Recht, diese Wahrheit zu proklamiren. Aber wir gehen noch weiter, nachdem wir vollkommen bereit und nachdem wir den beiden konservativen Mächten, Oesterreich und England, die Ueberzeugung beigebracht, daß es unser Interesse ist, durchaus nicht uns in die Angelegenheiten Süddeutschlands zu mischen, sagen wir offen zu Preußen: „Man muß sich aussprechen und zu Ende kommen.“

„Ihr hofft auf ein schmerzliches Ereigniß, welches neue Schwierigkeiten in Frankreich hervorrufen könnte. Gut, eben so wählen wir den Augenblick und erklären, es konvenirt uns nicht länger, Frankreich unter dem steten Einflusse steter und möglicher Eventualitäten zu lassen. Dieß ist unsere Politik!“ so schließt der Artikel.

Im selben Sinne sprach Thiers in sehr langer Rede und rieth wiederholt nicht in eine Herabsetzung des Armeekontingentes von 100,000 auf 90,000 Mann und das zur Berathung vorliegende Gesetz beantragt, einzugehen.

Ein Krieg, sprach der greise Redner, wäre jetzt furchtbar, denn er würde ein Universalkrieg werden, aber wenn bisher der Friede nicht gestört wurde, so lag dies darin, weil Preußen wußte, daß Frankreich stark und bereit ist. Preußen wird nicht in die Auflösung der Militärverträge mit Süddeutschland willigen, jede andere Art Entwaffnung ist Illusion, Chimäre. — Warum ist Bismarck friedlich? Weil er muß. — Wenn er jetzt seine Ambition gegen den Süden zu Tage treten lassen würde, wäre der Süden gegen ihn und deshalb ist er freundlich. Seit aber in Europa bekannt, daß Frankreich nicht daran denkt, über den Rhein zu gehen, seitdem bildet sich eine ordentliche Opposition im Süden Deutschlands gegen die preussischen Pläne.

Mr. Garnier Pages lobt besonders Bayern ob seiner projektierten Armeeerduktion und zweifelt nicht, daß ein liberales Deutschland das beste Mittel gegen die Verpreußung sei.

Mr. La Tour hielt eine sehr patriotische, wenn auch ziemlich chauvinistische Rede und legte besonders Gewicht auf die strikte Ausführung des Prager Friedens: nur dann könne ein gutes Einvernehmen zwischen Frankreich und Preußen fortbestehen.

Minister Olivier konstatierte ebenfalls die Nothwendigkeit der Ausführung des Prager Friedens. Seine Rede war aber ziemlich farblos und erregte einen bedeutenden Sturm, als er das Plebisit das französische Sadoma nannte! — Ueberhaupt war der Schluß der Sitzung so stürmisch, daß keine Abstimmung erfolgen konnte, und ist gestern das Gesetz, welches das jährliche Kontingent für 1871 auf 90,000 Mann festsetzt, mit großer Majorität angenommen worden. — In der heutigen Sitzung kommt die Petition der Orleans zur Verhandlung. — Eine Interpellation bezüglich Rom ist für nächste Woche angekündigt.

Paris, 3. Juli. Mehrere katholische Abgeordnete — darunter die H. Kolb-Bernard, Keller und Chesnelong — bezogen sich in den letzten Tagen zum Siegelbewahrer, um ihn zu fragen: ob die von der „Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Depesche des Herrn Emil Olivier an Herrn Marquis de Banneville echt sei. Der Minister bejahte diese Frage, und gab dann den Abgeordneten noch einige Aufschlüsse über die französische Politik dem Concil gegenüber. Erklärungen, die er in der Budgetdebatte wiederholen und näher ausführen wird.

Rom, 30. Juni. Das Petersfest wurde mit großem Glanze gefeiert. Der Papst hielt den feierlichen Gottesdienst ab. Am Abend Illumination und Girandola. — In der Generalkongregation vom 25. d. M. sprach u. A. Bischof Ketteler von Mainz. Die Minderheit der Väter hat in einem Postulate den Schluß der Debatte über das 4. Kapitel der Dekretsvorlage beantragt. — Für die nächste öffentliche Sitzung wird von einigen der 26. Juli (St. Anna), von andern der 15. August in Aussicht genommen. — Erzbischof Dechamps soll seine Thesen bezüglich der Infallibilität zurückgezogen haben. — Jeder Monat führt zwei, ja auch drei Mal aus Belgien, Holland und Frankreich dem päpstlichen Heere Verstärkungen zu. Unter dem letzten aus 54 Mann bestehenden Transport befanden sich neun Mann, die theils das dritte, theils das zweite Mal zur päpstlichen Fahne schwören.

Washington, 1. Juli. Der Senat verwarf mit 36 gegen 12 Stimmen das Amendement, betreffend die Besteuerung der Staatsbonds. Das Repräsentantenhaus nahm die Schenk'sche Bill, betreffend die Konsoolidirung und Tilgung der Staatsschuld, ohne Amendements an. — Der „New-York Times“ zufolge hat der Gesandte Motley heimberichtet, daß die Regierungen von England, Frankreich und Preußen mit den Ver. Staaten in dem Verlangen, den Christen in Japan vollen Schutz zu gewähren, durchaus übereinstimmen. — Der Senat verwarf mit 48 gegen 28 Stimmen den Vertrag betreffs der Einverleibung von St. Domingo. — Der Präsident Grant hat der Königin von England telegraphisch sein aufrichtiges Beileid wegen des durch Lord Clarendon's Tod erlittenen Verlustes ausgesprochen. — Zum nordamerikanischen Konsul von Rumänien hat Grant einen Israeliten Namens Buchner in Bucharest ernannt.

Athen, 1. Juli. Gestern fand auf Santorin ein Erdbeben statt. Die Stadt ist ein Schutthaufen; eine kleine Insel im Meere verschwand von der Oberfläche. (T. N.)

Karlsruhe, 4. Juli. Die bad. Bank hat dem Vernehmen nach für ihr in Karlsruhe zu errichtendes Filial das Haus Erbprinzenstr. Nr. 11 gemiethet. Der erste und zweite Direktor sind bereits ernannt und hofft man, den Geschäftsbetrieb mit dem 1. Okt. beginnen zu können.

Karlsruhe, 5. Juli. Das heute erschienene „Gesetzes- und Verordnungsblatt“ Nr. 47 enthält: 1) Landesherliche Verordnungen: die Ernennung außerordentlicher Mitglieder des Oberschulraths für das Gewerbeschulwesen, sowie für einzelne Unterrichtszweige an deren Lehranstalt betreffend; die Verpflichtung der Aerzte zur Behandlung unterstützungsbedürftiger Personen betreffend. 2) Bekanntmachungen des Justizministeriums: die Eigenthumsverbrechte von Ausländern in England betreffend; des Handelsministeriums: die Pensionirung der niederen Diener betreffend; die Inmatriculirung niederer Diener in die Wittwenkasse betreffend; den Gebührentarif für telegraphische Depeschen betreffend.

Mannheim, 2. Juli. (Mhr. A. Z.) Aus Anlaß des Musikfestes sind viele Häuser der Stadt geflaggt. Die deutschen Farben sind vorherrschend. An vier Häusern sind die Nordbundsflaggen ausgestellt; die betreffenden Vollblut-Bismarcker konnten nicht anders.

Nur fragt sich, wer und wie man dazu gekommen, am Realgymnasium — einem städtischen Gebäude — eine Nordbundsflagge auszustrecken. Derartiges sollte doch vermieden werden.

Das Fest ist vom Wetter nicht begünstigt.

Heidelberg, 3. Juli. Da die Zeitungen sich zum Theil ein Geschäft daraus gemacht haben, sich mit dem

Gesundheitszustand des Hrn. Lindau zu befassen, so theilen wir seinen vielen Freunden mit, daß derselbe sich recht wohl befindet, aber jetzt seine gewöhnliche Sommercour im Tyroler Gebirge angetreten hat, damit er um so frischer und kräftiger nach einigen Wochen sich der altgewohnten politischen Thätigkeit widmen kann, was besonders den Korrespondenten der „Bad. Wsztg.“ „O Aus dem Unterland“ ohne Zweifel erfreuen wird. Der leidende Zustand des Hrn. Lindau zu Ende des letzten Winters hat seiner kräftigen Natur vollständig weichen müssen und zur weiteren Befestigung seiner Gesundheit hat er auf ärztlichen Rath das Quartier in den Tannenwäldern auf kurze Zeit bezogen. Weitere Bülletins halten wir vorerst nicht für nothwendig. (P. B.)

Baden, 3. Juli. Unter den neuangekommenen Fremden befindet sich der Erbprinz von Sachsen-Meiningen. Stand der Liste 16,121.

Baden, 2. Juli. Am Mittwoch, 28. Juni Abends, feierte die „Aurelia“ das Schlußbanket der Vereinsabendunterhaltungen des Jahres 1869/70, an dessen Schluß der Präsident des gesagten Sängervereines, Hr. Stadtverrechner Schnepf (nach dem Reserate des heutigen „Wochenblattes“) ein Hoch nicht auf den Fortschritt — sondern auf den Rückschritt ausbrachte. Er sagte nämlich nach dem „Amtsverkündiger“ ungefähr Folgendes: „Betrachten wir das Getriebe der Menschen, so scheint es manchmal, als seien sie geschaffen, sich gegenseitig das Leben zu verbittern. Nicht selten bekämpfen sich die Menschen auf politischem und kirchlichem Gebiete nicht mit den Waffen des Geistes, sondern mit persönlicher Anfeindung. Auch hierin sei gewiß ein Rückschritt (Umkehr) zu wünschen. Dießem gelte das Hoch.“ — Aurelia, Aurelia — probatum est.

Aus Baden. (Weitere Gemeindevahlen.) In Schopshheim der bisherige Bürgermeister Grether gewählt, schon 27 Jahre im Amt. Politische Farbe nicht angegeben. Kadofszell: Bürgermeister Vogt wiedergewählt. Wird von den ministeriellen Blättern nicht zu den Ihrigen gezählt. In Gerlachshheim der seitherige Bürgermeister Träger. (Wie vorstehend.) Klepsau, unentschiedene Wahl, da keiner von 4 Kandidaten die gesetzlich erforderliche Stimmenzahl erhielt. Kuppenheim, der seitherige Bürgermeister Hertweck (Landeszeitungsliberal). Gerbach, der seitherige Bürgermeister Bussmer, seit 21 Jahren an der Stelle. Wird von der „L. Z.“ ohne Farbenangabe verzeichnet; hat hiernach keine. Burbach bei Ettlingen Gemeinderath Josef Vielsäcker, von der kath. Volkspartei. Heimbach, A. Emmendingen, der bisherige Bürgermeister Karl Martin, über 28 Jahre an der Stelle, von Intelligenz und freiheitlicher Richtung, wie die „L. Z.“ bemerkt. Breinau, A. Freiburg, mit großer Mehrheit Th. Fehrerbach. Die „Br. Z.“ bemerkt nichts über dessen Farbe, wird daher wohl ein Schwarzer sein. Kirchen und Hausen: der bisherige Bürgermeister Augustin Federle. Der „H. Erz.“ führt ihn auf ohne Parteifarbe. Mietersheim, A. Lahr, hat den landeszeitungsstüchtigen und freisinnigen Landwirth Lindenlaub zum Bürgermeister gewählt. Weingarten wählte nach gehaltvoller Ansprache des Hrn. Oberamtmann Jäger Schmid, sich vor der großh. Regierung des neuen freisinnigen Gesetzes würdig zu erweisen, einen neuen Bürgermeister, den Gemeinderath August Martin mit überwiegender Mehrheit. Die „L. Z.“ bemerkt, der Gewählte besitzt das Zutrauen der Gemeinde im höchsten Grade. Dem „Oberh. Courr.“ wird aus dem Amtsbezirk Kenzingen geschrieben: In Nr. 151 der „Breisg. Z.“ berichtet irrthümlich ein ± Korrespondent, daß der neugewählte Bürgermeister Tritscheler (in Kenzingen) der nationalliberalen Richtung angehöre. — Tritscheler gehört durchaus nicht der nationalliberalen Richtung an, wird sich auch nie offen und ehrlich dazu bekennen und wurde auch durchaus nicht in diesem Sinne gewählt.

Von der Bergstraße, 28. Juni. Die Trauben haben bei der schönen Witterung rasch und gleichmäßig verblüht. Die Winzer sagen, daß auch nicht eine Blüthe fehlgeschlagen. In Folge des erhaltenen Regens entwickeln sich die Beeren schnell, so daß die Aussichten gut sind. Auch im Rheingau war die Traubenblüthe eine ungewöhnlich günstige.

Neueste Post.

London, 4. Juli. Die durch den Tod Lord Clarendon's veranlaßte Modifikation des Cabinets ist definitiv in folgender Weise festgestellt: Graf Granville übernimmt das Auswärtige, Graf Kimberley die Kolonien, Lord Halifax wird Lord-Siegelbewahrer und Forster, der Vizepräsident des Erziehungskomite's bekommt Sitz im Cabinet.

Für die Brandverunglückten in Mambach, Amt Schönau, sind eingegangen: Von B. 6 fl.; von C. von hier 1 fl. Weitere Geldbeiträge werden bereitwilligst angenommen.

Gestorben in Karlsruhe.

2. Juli. Karl Friedrich, B.: Tagelöhner Hergmann, 1 M. 23 J.
2. „ Karl Reeb, Schneider, 59 J.
3. „ Ottilie, B. Mathematiklehrer Reinhart, 2 M. 16 J.
3. „ Otto Griesbach, Partikulier, 54 J.
3. „ Walter, B.: Stabältester Härtel, 19 J.

808. Mühlburg. Todesanzeige und Dankfagung.

Freunden und Bekannten hiemit die traurige Nachricht, daß es dem lieben Gott in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefiel, unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin, **Amalie Doldt**, den 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr, durch einen sanften Tod von ihren schweren Leiden zu erlösen. Zugleich sprechen wir für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme, durch Besuche während ihres Krankenlagers und Spendung von Blumen zur Schmückung ihres Sarges, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung unsern tiefgefühltesten Dank aus.

Mühlburg, den 4. Juli 1870.
Michael Doldt.

797.2.2. Karlsruhe.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten an der katholischen Kirche zu Eppingen sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden

im Anschlag:
Maurerarbeit 108 fl. 49 fr.
Glaserarbeit 172 fl. 36 fr.
Blechnerarbeit 21 fl. 17 fr.
Tüncherarbeit 367 fl. 19 fr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Prozenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen, schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den **9. Juli d. J.**, Vormittags 10 Uhr, bei katholischem Pfarramt Eppingen portofrei einzureichen.

Die Kostenberechnung und Bedingungen sind daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe, den 2. Juli 1870.

Erzbischöf. Bauamt.

792.2.2. Freiburg und Oberbergen.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die zur Restauration des Innern der Pfarrkirche zu Oberbergen, Amtsbezirks Breisach erforderliche

im Anschlag zu:
Maurerarbeit 282 fl. — fr.
Cementbodenarbeit 495 fl. 5 fr.
Zimmermannsarbeit 141 fl. 39 fr.
Schreinerarbeit 243 fl. 49 fr.
Glaserarbeit 53 fl. 24 fr.
Glasmalerei 157 fl. 57 fr.
Tüncher-, Faßmaler- und Vergolderarbeit 467 fl. 16 fr.

sollen auf dem Soumissionswege in Afford gegeben werden.

Die zur Uebernahme lusttragenden werden eingeladen, ihre in Prozentsätzen zu stellenden schriftlichen Angebote längstens bis

Donnerstag den 14. Juli d. J.

versiegelt und mit passender Aufschrift versehen, portofrei bei katholischer Stiftungskommission Oberbergen einzureichen, woselbst inzwischen die Ueberschläge und Bedingungen zur Einsicht aufgelegt sind.

Freiburg u. Oberbergen, den 30. Juni 1870.

Erzbischöfliches Bauamt.

Katholische Stiftungskommission.

Bierbrauerei- und Wirthschaftsversteigerung.

Die Brauer Carl Hoch'schen Eheleute in Waldkirch (Bezirksamt Waldkirch) lassen

Montag, den 11. Juli,

Vormittags 10 Uhr,

im Gasthaus zum Engel daselbst, ihre Brauerei und Bierwirthschaft, deren Rentabilität nachgewiesen werden kann, wegen Wegzug öffentlich freiwillig versteigern. Dieselbe besteht aus einem solid gebauten, 4stöckigen Wohnhause mit Wirthschaftslokal, 2 Kellern, Dekonomiegebäuden, einer nach neuester Konstruktion eingerichteten Brauerei, gebedeter Regelbahn; da-

bei noch 1 geräumiger Fesenteller mit Sommerwirthschaft. Das Anwesen liegt an der sehr lebhaften Hauptstraße neben der Post, in der Nähe des Marktplazes, des Rathhauses, des Amtsgerichtes und der Kirche, und wird, da die Gewerbthätigkeit Waldkirch's fortwährend im Steigen begriffen ist, mit Erwerbung desselben einem tüchtigen Manne Gelegenheit zu einer sichern und vortheilhaften Existenz geboten. Die Steigerungsbedingungen werden billig gestellt, und durch Unterzeichnete bereitwilligst mitgetheilt; auch kann bis dahin ein Verkauf unter der Hand abgeschlossen werden.

804.2.1

N. N.

die Güteragentur von F. Adrian in Freiburg i. B.

Lehrlingsgesuch.

Ein braver junger Mann kann bei Unterzeichnetem in die Lehre treten.
Waldshut. Hermann Bruder,
799.4.2. Wachsbleicher u. Wachsfabrikant

Gesucht.

Zur Pflege einer kranken Dame wird ein gesundes, starkes Mädchen gesucht von stillem, sanftem Charakter, und nicht zu jung. Anfragen mit Zeugnissen zu richten: Meersburg am Bodensee, D. H. doste restante. 780.3.3.

Italienische Macaroni in bekannter guter Qualität empfiehlt
Ferd. Schneider, Amalienstraße 29.

Ziehungs-Liste

der Stuttgarter katholischen Kirchenbau-Lotterie,

gezogen den 1. Juli 1870, Nachmittags 3 Uhr in dem Rathhaussaale zu Stuttgart.

Serie	Nummer	Gewinn	Serie	Nummer	Gewinn	Serie	Nummer	Gewinn	Serie	Nummer	Gewinn
12	1-100	je fl. 1. 45	360	96-98	je fl. 52. 30	1190	1-100	je fl. 1. 45	2549	1-100	je fl. 1. 45
36	1-100	" 1. 45	360	99, 100	" 3. 30	1195	1-100	" 1. 45	2554	1-100	" 1. 45
43	1-100	" 1. 45	368	1-100	" 1. 45	1209	1-100	" 1. 45	2598	1-100	" 1. 45
65	1-100	" 3. 30	369	1-100	" 1. 45	1214	1-100	" 1. 45	2599	1-100	" 1. 45
87	1-100	" 7. —	424	1-100	" 1. 45	1276	1-100	" 1. 45	2601	1-100	" 7. —
97	1-100	" 1. 45	448	1-100	" 1. 45	1283	1-100	" 1. 45	2624	1-3	" 3. 30
98	1-100	" 1. 45	452	1-100	" 1. 45	1303	1-100	" 1. 45	2624	4	" 87. 30
113	1-100	" 3. 30	510	1-100	" 1. 45	1397	1-100	" 1. 45	2624	5-8	" 3. 30
129	1-100	" 1. 45	512	1-100	" 1. 45	1443	1-100	" 1. 45	2624	9	" 87. 30
136	1-100	" 1. 45	554	1-100	" 1. 45	1467	1-100	" 1. 45	2624	10-14	" 3. 30
141	1-100	" 1. 45	588	1-100	" 1. 45	1469	1-100	" 7. —	2624	15	" 87. 30
146	1-100	" 1. 45	599	1-100	" 1. 45	1511	1-100	" 1. 45	2624	16	" 3. 30
167	1-100	" 1. 45	619	1-100	" 1. 45	1514	1-100	" 1. 45	2624	17	" 87. 30
180	1-100	" 1. 45	630	1-100	" 1. 45	1552	1-100	" 1. 45	2624	18	" 3. 30
187	1-100	" 1. 45	636	1-100	" 1. 45	1558	1-100	" 1. 45	2624	19	" 87. 30
191	1-100	" 1. 45	639	1-100	" 35. —	1596	1-100	" 1. 45	2624	20	" 3. 30
200	1-100	" 1. 45	693	1-100	" 1. 45	1598	1-21	" 3. 30	2624	21	" 87. 30
209	1-100	" 1. 45	703	1-100	" 1. 45	1598	22	" 875. —	2624	22-26	" 3. 30
247	1-100	" 1. 45	708	1-100	" 1. 45	1598	23-27	" 3. 30	2624	27	" 87. 30
257	1-82	" 3. 30	723	1-100	" 1. 45	1598	28	" 875. —	2624	28-32	" 3. 30
257	83	" 3500. —	724	1-100	" 1. 45	1598	29-100	" 3. 30	2624	33	" 87. 30
257	84-100	" 3. 30	731	1-100	" 1. 45	1604	1-100	" 1. 45	2624	34	" 3. 30
269	1-100	" 1. 45	774	1-100	" 1. 45	1628	1-100	" 1. 45	2624	35	" 87. 30
270	1-100	" 1. 45	777	1-100	" 17. 30	1630	1-100	" 1. 45	2624	36-43	" 3. 30
311	1-14	" 3. 30	791	1-100	" 1. 45	1645	1-100	" 1. 45	2624	44	" 87. 30
311	15	" 7000. —	803	1-100	" 1. 45	1662	1-100	" 1. 45	2624	45-50	" 3. 30
311	16-100	" 3. 30	811	1-100	" 1. 45	1686	1-100	" 1. 45	2624	51	" 87. 30
333	1-100	" 1. 45	812	1-6	" 3. 30	1732	1-100	" 1. 45	2624	52-54	" 3. 30
342	1-100	" 1. 45	812	7	" 180. —	1749	1-100	" 1. 45	2624	55	" 87. 30
360	1-7	" 3. 30	812	8-32	" 3. 30	1751	1-100	" 1. 45	2624	56	" 3. 30
360	8	" 52. 30	812	33	" 180. —	1761	1-100	" 1. 45	2624	57	" 87. 30
360	9-10	" 3. 30	812	34-44	" 3. 30	1763	1-100	" 1. 45	2925	58, 59	" 3. 30
360	11, 12	" 52. 30	812	45	" 180. —	1766	1-100	" 1. 45	2624	60	" 87. 30
360	13, 14	" 3. 30	812	46-54	" 3. 30	1796	1-100	" 1. 45	2624	61	" 3. 30
360	15	" 52. 30	812	55	" 180. —	1800	1-100	" 1. 45	2624	62, 63	" 87. 30
360	16-22	" 3. 30	812	56-59	" 3. 30	1802	1-100	" 1. 45	2624	64-69	" 3. 30
360	23	" 52. 30	812	60, 61	" 180. —	1858	1-100	" 1. 45	2624	70	" 87. 30
360	24	" 3. 30	812	62-65	" 3. 30	1886	1-100	" 1. 45	2624	71-73	" 3. 30
360	25, 26	" 52. 30	812	66	" 180. —	1938	1-100	" 1. 45	2624	74	" 87. 30
360	27-29	" 3. 30	812	67-77	" 3. 30	2008	1-100	" 1. 45	2624	75-86	" 3. 30
360	30, 31	" 52. 30	812	78	" 180. —	2013	1-100	" 1. 45	2624	87	" 87. 30
360	32-38	" 3. 30	812	79-82	" 3. 30	2026	1-100	" 1. 45	2624	88-99	" 3. 30
360	39	" 52. 30	812	83	" 180. —	2060	1-100	" 1. 45	2624	100	" 87. 30
360	40	" 3. 30	812	84-86	" 3. 30	2088	1-100	" 1. 45	2627	1-100	" 1. 45
360	41, 42	" 52. 30	812	87	" 180. —	2136	1-69	" 3. 30	2633	1-100	" 1. 45
360	43-45	" 3. 30	812	88-100	" 3. 30	2136	70	" 14000. —	2639	1-100	" 1. 45
360	46	" 52. 30	825	1-100	" 1. 45	2136	71-100	" 3. 30	2652	1-100	" 1. 45
360	47, 48	" 3. 30	857	1-100	" 1. 45	2148	1-100	" 1. 45	2662	1-100	" 1. 45
360	49	" 52. 30	863	1-100	" 1. 45	2248	1-100	" 1. 45	2686	1-100	" 1. 45
360	50-55	" 3. 30	864	1-100	" 1. 45	2268	1-100	" 1. 45	2687	1-100	" 1. 45
360	56, 57, 58	" 52. 30	877	1-100	" 1. 45	2269	1-100	" 1. 45	2706	1-100	" 1. 45
360	59-61	" 3. 30	879	1-100	" 1. 45	2276	1-100	" 1. 45	2726	1-100	" 1. 45
360	62, 63, 64, 65	" 52. 30	891	1-100	" 1. 45	2283	1-100	" 1. 45	2788	1-100	" 1. 45
360	66-69	" 3. 30	923	1-100	" 1. 45	2329	1-100	" 1. 45	2812	1-100	" 1. 45
360	70	" 53. 30	932	1-100	" 7. —	2344	1-100	" 1. 45	2814	1-100	" 1. 45
360	71-75	" 3. 30	944	1-100	" 1. 45	2349	1-100	" 1. 45	2825	1-100	" 1. 45
360	76	" 52. 30	949	1-100	" 1. 45	2365	1-100	" 1. 45	2883	1-100	" 1. 45
360	77-79	" 3. 30	950	1-100	" 1. 45	2385	1-33	" 3. 30	2911	1-100	" 17. 30
360	80	" 52. 30	1034	1-100	" 1. 45	2385	34	" 1756. —	2933	1-100	" 1. 45
360	81-83	" 3. 30	1041	1-100	" 1. 45	2384	35-100	" 3. 30	2965	1-100	" 1. 45
360	84, 85	" 52. 30	1097	1-100	" 1. 45	2408	1-100	" 1. 45	2992	1-100	" 1. 45
360	86, 87	" 3. 30	1101	1-100	" 1. 45	2473	1-100	" 7. —			
360	88	" 52. 30	1136	1-100	" 1. 45	2476	1-100	" 1. 45			
360	89-95	" 3. 30	1174	1-100	" 1. 45	2530	1-100	" 1. 45			

Die Gewinne können gegen Abgabe der Loose von Montag den 11. Juli an, jeden Vormittag von 10-12 Uhr bei dem General-Agenten Herrn **A. Schlee**, Hauptstätterstraße 49 in Stuttgart, in Empfang genommen werden.

Jedes Gewinnloos, welches binnen zwei Jahren, vom Tage der Ziehung an gerechnet, nicht vorgezeigt oder der Gewinn nicht erhoben wird, verliert mit Ablauf dieser Frist sein Recht auf Auszahlung der Prämie, welche alsdann dem Kirchenbau-Verein anheimfällt.

Gesehen

Stadtpolizei-Amt:

Das Lotterie-Comité:

798.3.1

Schlagardt, Polizei-Comm.

v. Spitzemberg, Probst. Schupp. Schlee.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 4. Juli.

Staatspapiere.	Per comptant.	Nachau	92 1/2 %	6 1/2 %	101 1/2 %	Bezieh. Cours.
Oesterreich 5 1/2 % St. d. S. E.	58 1/2 b	4 1/2 % Obligation d. Reichs.	86 1/2 %	3 1/2 %	49 1/2 b	Russland l. E.
5 1/2 % St. d. S. E.	50	4 1/2 % Obligation d. Reichs.	86 1/2 %	3 1/2 %		